



Interviews

Datum: 13.08.2024

Sahra Wagenknecht im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun die Namensgeberin des Bündnis Sahra Wagenknecht, ist Sahra Wagenknecht selbst. Guten Morgen!

Sahra Wagenknecht: Guten Morgen.

Küpper: Frau Wagenknecht, warum verknüpfen Sie dieses Bundesthema mit landespolitischen Entscheidungen?

Wagenknecht: Weil sich beides nicht trennen lässt. Die Frage von Krieg und Frieden ist eine Frage, die sehr, sehr viele Menschen in ganz Deutschland, aber auch in Ostdeutschland bewegt, und unsere Wähler erwarten, dass wir unser Gewicht auch dafür einsetzen, dass nicht weiter ein Kurs verfolgt wird, der die Kriegsgefahr in Deutschland erhöht. Gerade die Raketenstationierung, das ist ja schon beängstigend, dass sich hier die SPD wieder völlig ihres einstigen Inhalts entleert hat. Es gibt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Da hat Oberst Richter, ein wirklich sehr versierter Mann im Militärischen, noch mal nachgewiesen, es gibt keine Fähigkeitslücke, sondern das sind Angriffswaffen und mit solchen Angriffswaffen wird man wiederum zur Ziellinie russischer Angriffsraketen, weil sie genau diese Angriffswaffen im Zweifel, wenn sie einen Angriff befürchten, ausschalten würden. Wir werden damit zur Ziellinie noch mehr von russischen Atomraketen auch und das ist eine hoch gefährliche Entwicklung.

Küpper: Diese Debatte gibt es auch in der SPD. Ich will trotzdem noch mal die Frage miteinander verbinden, weil landespolitisch werden Sie damit nichts verändern können, werden Sie auch nicht in dieses Thema eingreifen können. Warum machen Sie es zur Bedingung in Thüringen und auch in Sachsen für eine mögliche Koalitionsbeteiligung?

Wagenknecht: Das stimmt nicht, dass die Landespolitik nichts machen kann.

Küpper: In dieser Frage?

Wagenknecht: Natürlich können sich Landesregierungen bundespolitisch positionieren. Herr Kretschmer hat das zum Beispiel in der Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine getan. Schon seit längerem hat er sich dort positioniert. Und natürlich ist es für die Bundesdebatte relevant, ob Landesregierungen klar sagen, wir wollen das nicht, wir lehnen das ab, und Landesregierungen auch ihre Stimme erheben. In Thüringen ist auch noch gar nicht klar, wer dort, sollten wir in eine Koalition gehen, Ministerpräsident wird. Wir sind zwei Prozentpunkte hinter der Union. Das kann sich jederzeit auch wieder umdrehen.

Küpper: Sie werden dennoch einen Koalitionspartner brauchen und angesichts dieser Aussage – es bleibt ja dabei -, landespolitisch gestalten werden Sie in dieser Frage nicht, sondern es war in der Vergangenheit durchaus Praxis, dass außenpolitische Themen da durchaus ausgeklammert wurden.

Wagenknecht: Ja, aber Thüringen und Sachsen und auch später Brandenburg sind nicht außerhalb Deutschlands, sondern wenn Deutschland eine wachsende Kriegsgefahr hat, dann ist das auch für diese Länder relevant. Wenn wir stark abschneiden in diesen Ländern, dann wird das auch die Bundesdebatte beeinflussen. Das tut es ja jetzt schon. Das erwarten auch unsere Wähler und deswegen kann man das nicht ausklammern, und es ist auch relativ naiv zu glauben, wir machen hier auf der einen Seite Landespolitik, die ja sehr wichtig ist. Wir haben ja sehr konkrete landespolitische Themen. Wir haben sehr konkrete Vorstellungen, was wir zum Beispiel an den Schulen ändern wollen, damit die Kinder wieder Rechnen lernen und nicht nur Gendern, dass Smartphones und Tablets zumindest aus der Grundschule verbannt werden. Wir haben konkrete Vorstellungen zum Bürokratieabbau. Wir haben ja landespolitische Themen. Aber gleichzeitig geht es um diese große Frage von Krieg und Frieden, von einem neuen Wettrüsten, das ja auch immense Mittel verschlingt, die dann nicht mehr für Krankenhäuser, für Pflege, auch für landespolitische wichtige Dinge zur Verfügung stehen. Deswegen ist das zu verknüpfen und wir wollen die Bundespolitik verändern, selbstverständlich! Das erwarten unsere Wähler. Dafür sind wir auch angetreten.

Küpper: Das können Sie bei der Bundestagswahl im Jahr darauf machen. Dennoch: Sie verzichten damit auf landespolitischen Gestaltungsspielraum, denn wir haben heute Morgen diesen Beschluss des SPD-Parteipräsidiums – ähnlich ist es auch bei der CDU zu erwarten -, dass Sie sich nicht darüber hinwegsetzen, nur weil Sie das jetzt auf Thüringer Landesebene oder vielleicht auch in Sachsen fordern. Also verzichten Sie auf Gestaltungsspielraum im Land.

Wagenknecht: Die SPD ist ja verdientermaßen im Osten kaum noch eine relevante Kraft und ich glaube, nach diesem Beschluss werden sich noch mehr Ostdeutsche überlegen, ob sie der SPD noch ihre Stimme geben können, weil gerade dieses Thema die Menschen bewegt. Auch bei der CDU muss man sehen: Selbst wenn Kretschmer andere Akzente setzt, ist jede Stimme für die CDU auch Rückenwind für Merz und für Kiesewetter. Das spielt ja schon in den Wahlkämpfen eine Rolle. Ich sehe schon auch eine Bewegung zumindest bei der CDU. Das ist gerade in der Ukraine-Debatte auch deutlich geworden. Wir wollen ja nicht nur, dass die Raketenstationierung verhindert wird; wir möchten auch Druck auf die Bundesregierung machen, dass hier endlich mehr diplomatische Initiativen gestartet werden, dass nicht immense Mittel für Waffenlieferungen verschleudert werden in einen sinnlosen Krieg, wo jeden Tag Menschen sterben und der dringend beendet werden muss, indem man diplomatische Initiativen Chinas und anderer Länder unterstützt. Auch das ist dringend notwendig und insoweit ja, die Ostwahlen sind auch eine Abstimmung über Krieg und Frieden und eine Abstimmung über die Außenpolitik der Bundesregierung und auch der Union, und deswegen setzen wir dieses Thema.

Küpper: Aber muss man, wenn Sie dieses Thema setzen, nicht der Vollständigkeit halber sagen, dass die Waffen nicht im Osten stationiert werden, es auch kein Aufrüsten ist, sondern ein Gleichziehen mit dem, was Wladimir Putin, was Russland aufgefahren hat, und es auch entscheidend ist, dass diese Ankündigung der Stationierung mit Angeboten an Russland einhergeht zur Rüstungskontrolle, um so zu testen, ob der Kreml überhaupt bereit ist zu reden? Das ist ja das, was Sie fordern, und da gibt es bisher von Seiten Russlands keinerlei Signale.

Wagenknecht: Es ist kein Gleichziehen. Wenn Sie die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung lesen – und ich bedauere, dass das Präsidium der SPD die Studien der eigenen Stiftung nicht mehr liest -, argumentiert Oberst Richter, dass es keine Fähigkeitslücke gibt. Es gibt längst die Möglichkeit, über seegestützte Raketen, über die anderen Waffen, die in Deutschland sind. Auch durch die nukleare Teilhabe, sogar atomare Bewaffnung gibt es längst die Möglichkeit zu reagieren. Was diese Waffen ausmacht ist, dass sie einen Überraschungsangriff möglich machen, und wenn Russland einen solchen Angriff – und sei es fälschlicherweise – vermutet, dann werden sie genau auf diese Raketen feuern. Das ist das Argument der Friedrich-Ebert-Stiftung in dieser Studie von Oberst Richter und das ist, finde ich, ein Argument, was wirklich ganz klar zeigt, dass das eine falsche Stationierung ist. Im Übrigen ist auch interessant: Kein anderes europäisches Land stationiert solche Raketen. Anders als damals beim NATO-Doppelbeschluss gibt es nicht eine gemeinsame Strategie des Bündnisses, sondern das ist eine ausschließlich bilaterale Vereinbarung. Es ist noch nicht mal klar, ob Deutschland mitzureden hat über den Einsatz dieser Raketen. Die werden zwar in Deutschland stationiert, aber es sind amerikanische Raketen. Die Amerikaner haben die Hoheit über diese Raketen. Das ist eine ganz gefährliche Entwicklung und auch wenn sie nur im Westen Deutschlands stationiert werden – das ist ja nach dem Zwei-plus-vier-Vertrag so

geregelt -, ist ganz Deutschland damit in Gefahr, weil wenn wir im Krieg sind, dann findet der ja nicht nur in Westdeutschland statt. Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass dieser Weg verlassen wird, dass dieser Weg, wo wir immer mehr in eine Konfrontation gehen, wo wir in ein neues Wettrüsten gehen, wo wir auch wirklich immer mehr Gefahr laufen, dass durch ein Versehen ein Krieg ausgelöst wird, wenn die Vorwarnzeiten nicht mehr gegeben sind ...

Küpper: Frau Wagenknecht! Aber wenn wir in die Realität schauen, dann ist es anders herum richtig. Die Ukraine hat ihre Waffen abgegeben und wurde angegriffen und die Lehre aus 70 Jahren Kalten Krieges, aus der Vergangenheit der Bundesrepublik ist gerade, dass es die Stationierung von Waffen war, die Abschreckung, das Gleichziehen mit der Gegenseite, dass dies nicht zu Angriffen führt. Wladimir Putin – das zeigt auch der Blick in die jüngere Vergangenheit – greift dann an, wenn er Schwäche wittert und wenn es schwächere Staaten sind, denen er gegenübersteht.

Wagenknecht: Na ja, das ist nicht sehr plausibel. Dann hätte er statt der Ukraine, wenn er wirklich das Ziel gehabt hätte, die alte Sowjetunion wiederherzustellen, eine andere ehemalige Sowjetrepublik angegriffen. Die Ukraine war die am meisten hochgerüstete von allen. Die Ukraine wurde ja von den USA zu ihrem militärischen Vorposten gemacht. Das gehört zur Vorgeschichte des Krieges. Das rechtfertigt diesen Krieg nicht, aber ...

Küpper: Die Ukraine hat ihre Atomwaffen abgegeben.

Wagenknecht: Das liegt lange zurück. Aber in den letzten Jahren ist die Ukraine massiv hochgerüstet worden. Es sind auch US-Soldaten dort schon stationiert gewesen, insgesamt 4000 NATO-Soldaten. Es gab zwölf Militärbasen der CIA. Die USA werden sehr tätig in der Ukraine. Das rechtfertigt diesen Krieg nicht. Dieser Krieg ist barbarisch und er muss beendet werden. Das ist überhaupt keine Frage. Aber es war nicht die Wehrlosigkeit, sondern es war gerade die zunehmende Integration in die Strukturen der NATO, die zu diesem Krieg geführt haben. Das sagen auch alle Geheimdienstler, selbst der jetzige Chef des US-Geheimdienstes Burns, der früher auch in Moskau gearbeitet hat.

Auch der Kalte Krieg, möchte ich noch mal deutlich sagen: Was hat den Kalten Krieg beendet? Doch nicht das Wettrüsten, sondern die Entspannungspolitik, die Wege damals mit Willy Brandt, und das haben auch die Nachfolger fortgesetzt, die Gesprächskanäle. Der Eiserner Vorhang ist doch nicht mit Raketen durchlöchert worden, zum Glück - dann würden wir alle nicht mehr leben -, sondern er ist durch Wandel, durch Annäherung ...

Küpper: Das stimmt! Er ist durchlöchert worden, weil es am Ende auf der Gegenseite eine Bereitschaft gab zu sprechen, weil dort die wirtschaftliche Schwäche dazu geführt hat, dass es einen Menschen wie Herrn Gorbatschow gab, der Gespräche gesucht hat. – Frau Wagenknecht, weil wir gerade so diskutieren und argumentieren, und auch, weil es viele Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in der DDR gibt, die vor Ihnen, vor dem Bündnis Sahra Wagenknecht warnen, aus außenpolitischen Gründen. Es gibt diesen Krieg zwischen Russland auf der einen Seite und der Ukraine mit der Unterstützung der NATO-Staaten auf der anderen Seite. Einfache Frage: Auf welcher Seite stehen Sie?

Wagenknecht: Auf der Seite des Friedens und auf der Seite der Vermittlung. Selbstverständlich ist der Krieg ...

Küpper: Das war aber nicht die Frage.

Wagenknecht: Nein! Ich finde nicht, dass wir uns bei den Kriegen - - Ich halte es für einen Fehler, sich so auf eine Seite zu stellen, vor allen Dingen auch militärisch auf eine Seite zu stellen, weil wir damit die Möglichkeit ...

Küpper: Aber vielleicht versteht man die Argumentation dann besser?

Wagenknecht: Wir haben damit nicht die Möglichkeit, diesen Krieg zu beenden. Dieser Krieg wird militärisch nicht beendet werden. Man erzählt uns seit zwei Jahren, die nächste Waffengattung, die wir liefern, wird zu einem Sieg der Ukraine führen. Hat sie aber nicht, sondern was in diesem Krieg nur noch passiert ist, dass ganz viel gestorben wird, dass sehr viel zerstört wird, dass sehr viel Leid existiert. Also müssen wir versuchen, durch eine diplomatische ...

Küpper: Also muss Wladimir Putin einfach aufhören zu schießen und die Souveränität der Ukraine akzeptieren?

Wagenknecht: Das kann man sich wünschen. Das wird aber so nicht stattfinden. Also muss es einen Kompromissfrieden geben. Es muss Versuche geben, einen Waffenstillstand zu erreichen. Es gibt da Bemühungen, zum Beispiel Chinas, das ja auch Einfluss auf Russland hat. Warum nutzen wir sie nicht? Es war doch richtig, als Orbán versucht hat, zunächst mal

nach Kiew zu fahren, dann nach Moskau und dann nach China. Er wurde dafür von der ganzen EU verprügelt, statt sich dahinterzustellen.

Küpper: Er hat das nicht vorbereitet und er hat auch am Ende nichts erreicht.

Wagenknecht: Na, das weiß ich nicht, ob er nichts erreicht hat. Er konnte ja diese Initiative auch nicht fortführen, weil die EU sie nicht wollte. Ich halte das für einen richtigen Weg. Ich habe wenig Sympathie für Orbán, was seine Innenpolitik angeht, aber diese Initiative, zu versuchen, mit allen Seiten zu reden und einen Kompromiss zu suchen, ist doch der einzige Weg. Welchen Weg gibt es denn sonst? Der Weg, dass wir immer mehr Waffen liefern in einen Krieg, der militärisch nicht beendet wird, das kostet uns Unsummen. Und wenn Sie sagen, wirtschaftliche Schwäche? Russlands Wirtschaft wächst. Unsere Wirtschaft ist zurzeit in einer desaströsen Lage.

Küpper: Das haben wir heute Morgen anders gehört. Russlands Wirtschaft wächst nicht unbedingt, aber darüber gibt es auch vielleicht eine Meinungsauseinandersetzung.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.